



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

46/2015 13.11.2015

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neu: 5., aktualisierte Auflage



Barbara Leitl-Staudinger

Einführung ins öffentliche Recht

Das Studienbuch „Einführung ins öffentliche Recht“ stellt das österreichische Verfassungs- und Verwaltungsrecht in seinen Grundzügen und unter Bedachtnahme auf die unionsrechtlichen Zusammenhänge dar.

28 Euro, 5. Auflage, XVII und 224 Seiten, Harteinband, gebunden, Stand 1. August 2015, ISBN 978-3-902883-25-4

I. Bundesgesetzblatt

BGBI I 127/2015

Bundesgesetz aus Anlass des Generalvergleichs mit dem Freistaat Bayern, mit dem das **Sanierungs- und Abwicklungsgesetz**, das **Finanzmarktstabilitätsgesetz** und das **ABBAG-Gesetz** geändert werden (Generalbereinigungsvereinbarung zwischen der Republik Österreich und dem Freistaat Bayern; Entkoppelung von BaSAG und FinStaG; Verordnungsermächtigung für die Erhebung der Beiträge zum Abwicklungsfinanzierungsmechanismus; Vollstreckung von Beitragsvorschriften mit Fälligkeit; rechtsgeschäftlicher Erwerb von landesbehafeteten Schuldtiteln; Umwandlung der ABBAG in eine GmbH)

BGBI I 128/2015

Bundesgesetz, mit dem das **Klimaschutzgesetz** und das **Emissionszertifikatengesetz 2011** geändert werden (Anpassung des KlimaschutzG an geänderte völkerrechtliche und unionsrechtliche Verpflichtungen; Verankerung einer Bestimmung im EmissionszertifikatG 2011 betreffend die Übertragung von Emissionsgutschriften aus der Handelsperiode 2008 bis 2012)

BGBI I 129/2015

Bundesgesetz, mit dem das **Elektrotechnikgesetz 1992** (ETG 1992) geändert wird (Einrichtung des Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft als notifizierende Behörde; Aufnahme von Regelungen über das Notifizierungs-

verfahren und über Beschwerdeverfahren gegen Feststellungen notifizierter Stellen; Normierung von Regelungen über die Marktüberwachung, das Schutzklauselverfahren der EU und Strafbestimmungen)

[BGBI I 130/2015](#)

Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz zur Durchführung des Unionsrechts auf dem Gebiet der biologischen Produktion, geschützten Herkunftsangaben und traditionellen Spezialitäten erlassen (**EU-Qualitätsregelungen-Durchführungsgesetz – EU-QuaDG**), das **Gesundheits- und Ernährungssicherheitsgesetz** und das **Markenschutzgesetz 1970** geändert sowie das **Rindfleisch-Etikettierungsgesetz** aufgehoben werden (Benennung der zuständigen Behörden und Regelung des Systems der amtlichen Kontrolle)

[BGBI I 131/2015](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Universitätsgesetz 2002** und das **Forschungsorganisationsgesetz** geändert werden (Weiterentwicklung der Möglichkeit, Universitätsdozentinnen und Universitätsdozenten sowie Assoziierte Professorinnen und Professoren gemäß KV in die Kurie der Universitätsprofessorinnen und -professoren überzuleiten; Harmonisierung und Einbettung der Zugangsregelungen in den Kontext der zukünftigen kapazitätsorientierten, studierendenbezogenen Universitätsfinanzierung; Schaffung von Erleichterungen für Studierende durch Änderung von studienrechtlichen Bestimmungen; leichtere Handhabung und bessere Verständlichkeit der Bestimmungen des UniversitätsG durch Anpassung von organisationsrechtlichen Regelungen; Weiterentwicklung des Entwicklungsplans durch Festlegung von verbindlichen Strukturen für die Erstellung und den Aufbau; Integration des Österreichischen Archäologischen Instituts in die Österreichische Akademie der Wissenschaften und Integration des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung in die Universität Wien)

[BGBI I 132/2015](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die Aufhebung des § 28 Abs. 2 **Datenschutzgesetz 2000** durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBI II 330/2015](#)

Verordnung des Bundeseinigungsamtes beim Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, mit der der **Mindestlohtarif für Hausbetreuer/innen für Österreich** festgesetzt wird

[BGBI III 162/2015 \(Anlage I\) \(Anlage II\)](#)

Vereinbarung über die Änderung des Anhangs der Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten der Republik **Österreich** und dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Republik Lettland über die gegenseitige Vertretung durch diplomatische und **konsularische Vertretungen** ihrer Staaten im **Verfahren der Visumerteilung**

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 290 v 06.11.2015, 4](#)

Beschluss (EU) 2015/1988 des Rates vom 22. Oktober 2015 über die Unterzeichnung des **Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens** zwischen der Union und der **Europäischen Atomgemeinschaft** einerseits und dem **Kosovo** andererseits im Namen der Europäischen Union

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

28.09.2015, [G 256/2015 ua](#)

Wr VerwaltungsgerichtsG; keine Verfassungswidrigkeit einer Bestimmung des Gesetzes über das Verwaltungsgericht Wien betreffend die **Übertragung von Beschwerdeverfahren über die Gewährung von Wohnbeihilfe** nach dem Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz 1989 **zur Gänze auf Rechtspfleger**; Verfahren über die Gewährung der Wohnbeihilfe ihrem Wesen nach zur Besorgung durch Rechtspfleger geeignet

07.10.2015, [E 1289/2014](#)

Ktn Flurverfassungs-LandesG; Anlassfall zu VfGH 24.09.2015, [G 176/2015 ua](#)

07.10.2015, [E 1055/2015 ua](#)

Sbg RaumordnungsG; **Sbg BebauungsgrundlagenG**; keine Verletzung in Rechten wegen Anwendung einer rechtswidrigen generellen Norm durch **Versagung einer Bauplatzerklärung** wegen **Widerspruchs zum Flächenwidmungsplan**; keine Gesetzeswidrigkeit der **Beibehaltung einer Grünlandwidmung** bei einer **Änderung des Flächenwidmungsplanes** 1997 der Stadt Salzburg; keine Bedenken gegen die anwendbaren Bestimmungen des auf einer rechtmäßigen Grundlage beruhenden Bebauungsplanes

09.10.2015, [E1536/2014](#)

Sbg Flurverfassungs-LandesG; Verletzung im Recht auf ein Verfahren vor einem unabhängigen und unparteiischen Gericht durch eine Entscheidung des Landesverwaltungsgerichtes Salzburg über eine Beschwerde betreffend ein **Zusammenlegungsverfahren** wegen Zweifel an der **Unabhängigkeit** eines dem Gericht angehörenden **fachkundigen Laienrichters** aufgrund seiner untergeordneten Stellung gegenüber dem Leiter der erstinstanzlichen Agrarbehörde

B. Verwaltungsgerichtshof

24.09.2015, [Ro 2014/07/0099](#)

WasserrechtsG; Wasserversorgungsanlagen iSd § 103 Abs 1 lit i WasserrechtsG sind Wasserbenutzungsanlagen, die der Versorgung von Haushalten oder Betrieben mit Trink- oder Nutzwasser dienen; entscheidend ist die Abgabe von Trink- oder Nutzwasser an einen Letztverbraucher; **Beschneigungsanlagen** stellen demnach **keine Wasserversorgungsanlagen** dar

29.09.2015, [2012/05/0118](#)

Ktn ElektrizitätsG; **UVP-G**; ein von einer elektrischen Leitungsanlage betroffener Grundeigentümer erfüllt als Teil der betroffenen Öffentlichkeit die Anforderung eines ausreichenden Interesses, um gegen eine Entscheidung, dass kein UVP-Verfahren durchzuführen ist, einen Rechtsbehelf einlegen zu können; der **UVP-Feststellungsbescheid** hat einer solchen Partei gegenüber im Bewilligungsverfahren nach dem Ktn ElektrizitätsG **keine Bindungswirkung**

29.09.2015, [2013/05/0096](#)

NÖ BauO; Erteilung der Baubewilligung für die Aufstockung eines Altbestands; div Einwendungen der Nachbarn ua hinsichtlich des Lichteinfalls; die Behörde hätte prüfen müssen, welche Hauptfenster auf dem Nachbargrundstück des Bf zulässig sind und ob auch in Bezug auf diese der **45 Grad-Lichteinfall** trotz des geplanten Bauvorhabens gewährleistet ist

30.09.2015, [2013/06/0138](#)

Stmk Landes-StraßenverwaltungsG; Erteilung der straßenrechtlichen Bewilligung für den Ausbau eines Kirchplatzes sowie von Parkflächen; die belangte Behörde hat die **fachliche Eignung des beigezogenen nichtamtlichen SV** mit dessen langjähriger Tätigkeit auf dem Gebiet der Luftreinhaltung sowie damit begründet, dass er in der Vergangenheit in „un-

terschiedlichsten Verfahren als nichtamtlicher Sachverständiger für luftreinhaltetechnische Fragestellungen“ beigezogen worden sei; damit wird nicht dargelegt, dass der SV über die besondere Sachkunde in Fragen der Luftreinhaltung verfügt

13.10.2015, [2013/03/0127](#)

LuftfahrG; ÄrzteG; Antrag auf neuerliche **Autorisierung als flugmedizinischer SV**; entgegen der Ansicht der belangten Behörde ist für eine Tätigkeit als flugmedizinischer SV **nicht zwingend eine Ordination** iSd § 45 Abs 2 ÄrzteG erforderlich

14.10.2015, [Ra 2015/04/0076](#)

GewO; Versagung der Genehmigung eines **Selbstbedienungssolariums**; der medizinische Amts-SV hat in schlüssiger Weise ausgeführt, dass für die Gewährleistung von Erste-Hilfe-Leistung eine Fremdhilfe (Anwesenheit von Personen während der Betriebszeit) erforderlich ist; zudem können die Bestimmungen der SolarienVO als Stand der Technik herangezogen werden, wonach UV-Bestrahlungsgeräte nicht zur Selbstbedienung durch die Benutzer eingerichtet sein dürfen

C. Verwaltungsgerichte

BVwG 21.10.2015, [I402 2115959-1](#)

VwGVG; ggst hat die belangte Behörde im „Ausgangsbescheid“ eine meritorische Erledigung und sodann mittels **Beschwerdevorentscheidung** eine Formalentscheidung getroffen; in einem solchen Fall hat die **Entscheidung des VwG**, ungeachtet der vorherigen Erlassung einer Beschwerdevorentscheidung, jedenfalls als **Entscheidung „über die Beschwerde“** zu ergehen; das VwG hat daher die ggst Beschwerde mit Beschluss zurückzuweisen; die Entscheidung des VwG tritt an die Stelle der Beschwerdevorentscheidung; die Beschwerdevorentscheidung wird (eo ipso) hinfällig

BVwG 30.10.2015, [L511 2114862-1](#)

VwGVG; die Behörde ist bei der Erlassung einer **Beschwerdevorentscheidung** an die Beschwerdegründe und das Beschwerdebegehren gebunden; der äußerste Rahmen für die **Prüfbefugnis** des VwG und somit auch für die Beschwerdevorentscheidung ist die „Sache“ des bekämpften Bescheids

LVwG Tirol 12.10.2015, [LVwG-2015/37/1247-8](#)

Tir FlurverfassungslandesG; iSd § 86 e Abs 4 lit e Tir FlurverfassungslandesG ist der **Schlüssel** für Teilwaldschranken zur **Bewirtschaftung** der als **Gemeindegut** und als Teilwald festgestellten Waldgrundstücke erforderlich und somit auszuhändigen; auch für allfällige Dispositionen, die eine auf einem Gemeindegut befindlichen Kapelle betreffen, muss der Substanzverwalter über einen Schlüssel zu dieser Kapelle verfügen; die Aushändigung eines „historischen Waldbuches“ ist nicht erforderlich, da dieses keinen Bezug zur aktuellen Walddatenbank aufweist

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

11.11.2015, [Rs C-219/14, Greenfield](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Rahmenvereinbarung über **Teilzeitarbeit** – Arbeitszeitgestaltung – Richtlinie 2003/88/EG – **Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub** – Berechnung der Urlaubsansprüche im Fall der Erhöhung der Arbeitszeit – Auslegung des **Pro-rata-temporis-Grundsatzes**

11.11.2015, [Rs C-223/14, Tecom Mican und Arias Domínguez](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle **Zusammenarbeit in Zivilsachen** – Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke – Begriff **„außergerichtliches Schriftstück“** – Privates Schriftstück – **Grenzüberschreitender Bezug** – Funktionieren des Binnenmarkts

11.11.2015, Rs C-422/14, Pujante Rivera

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – **Massenentlassungen** – Richtlinie 98/59/EG – Art 1 Abs 1 Unterabs 1 Buchst a – Begriff der Arbeitnehmer, die ‚in der Regel‘ in dem betreffenden Betrieb ‚beschäftigt‘ sind – Art 1 Abs 1 Unterabs 2 – Begriffe ‚Entlassung‘ und ‚Beendigungen des Arbeitsvertrags, die einer Entlassung gleichgestellt werden‘ – Methode zur **Berechnung der Zahl entlassener Arbeitnehmer**

11.11.2015, C-505/14, Klausner Holz Niedersachsen

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 107 AEUV und 108 AEUV – **Staatliche Beihilfen** – Unter Verstoß gegen Art 108 Abs 3 AEUV gewährte Beihilfe – Entscheidung eines Gerichts eines Mitgliedstaats, mit der die Gültigkeit des Vertrags über die Gewährung dieser Beihilfe festgestellt wird – Rechtskraft – **Unionsrechtskonforme Auslegung** – **Effektivitätsgrundsatz**

12.11.2015, Rs C-439/13 P, Elitaliana / Eulex Kosovo

Rechtsmittel – **Öffentliche Dienstleistungsaufträge** – Gemeinsame Aktion 2008/124/GASP – Ausschreibung für die Hubschrauberunterstützung für die Eulex-Mission im Kosovo – Klage gegen die Vergabeentscheidung – Art 24 Abs 1 Unterabs 2 EUV – Art 275 Abs 1 AEUV – **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)** – Zuständigkeit des Gerichtshofs – Art 263 Abs 1 AEUV – ‚Einrichtung oder sonstige Stelle der Union‘ – Maßnahmen, die der Europäischen Kommission zuzurechnen sind – **Entschuldigbarer Irrtum**

12.11.2015, Rs C-572/13, Hewlett-Packard Belgium

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – Geistiges Eigentum – **Urheberrecht und verwandte Schutzrechte** – Richtlinie 2001/29/EG – Ausschließliches Vervielfältigungsrecht – Ausnahmen und Beschränkungen – Art 5 Abs 2 Buchst a und b – Ausnahme für Reprographie – Ausnahme für Privatkopien – **Kohärenzerfordernis** bei der Anwendung der Ausnahmen – Begriff ‚gerechter Ausgleich‘ – Erhebung einer Vergütung auf Multifunktionsdrucker als gerechter Ausgleich – Anteilige Vergütung – Pauschale Vergütung – Kumulierung von pauschaler und anteiliger Vergütung – **Berechnungsweise** – Begünstigte des gerechten Ausgleichs – Urheber und Verleger – Notenblätter

12.11.2015, Rs C-103/14, Jakutis und Kretingalés kooperatinė ŽŪB

Vorlage zur Vorabentscheidung – Landwirtschaft – Verordnung (EG) Nr 73/2009 – Art 7 Abs 1, Art 10 Abs 1, Art 121 und 132 Abs 2 – Rechtsakte zur Durchführung dieser Verordnung – Gültigkeit im Hinblick auf den AEU-Vertrag, die Beitrittsakte von 2003, das **Diskriminierungsverbot** sowie die **Grundsätze der Rechtssicherheit**, des **Vertrauensschutzes** und der **ordnungsgemäßen Verwaltung** – Modulation der Direktzahlungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe – Kürzung der Beträge – Höhe der anwendbaren Direktzahlungen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft in ihrer Zusammensetzung am 30. April 2004 und den am 1. Mai 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten – **Nichtveröffentlichung und fehlende Begründung**

12.11.2015, Rs C-121/14, Vereinigtes Königreich / Parlament und Rat

Nichtigkeitsklage – Verordnung (EU) Nr 1316/2013 zur **Schaffung der Fazilität ‚Connecting Europe‘** – Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats betreffen – Billigung des betroffenen Mitgliedstaats – Verlängerung eines Schienengüterverkehrskorridors – **Rechtsgrundlage** – Art 171 AEUV und 172 Satz 2 AEUV

12.11.2015, Rs C-198/14, Visnapuu

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 34 AEUV und 110 AEUV – Richtlinie 94/62/EG – Art 1 Abs 1 sowie Art 7 und 15 – **Versandgeschäft** und **Beförderung alkoholischer Getränke aus** einem anderen Mitgliedstaat – **Verbrauchssteuer** auf bestimmte Getränkeverpackungen – **Befreiung** für den Fall, dass die Verpackungen zu einem **Pfand- und Rücknahmesystem** gehören – Art 34 AEUV, 36 AEUV und 37 AEUV – Erlaubnisfordernis für den Einzelhandelsverkauf alkoholischer Getränke – Monopol für den Einzelhandelsverkauf alkoholischer Getränke – **Rechtfertigung** – Schutz der Gesundheit

B. Schlussanträge

[12.11.2015, verb Rs C-191/14, C-192/14, C-295/14, C-389/14, C-391/14, C-392/14, C-393/14 *Borealis Polyolefine, DOW Benelux, Esso Italiana ua \(GA Kokott\)*](#)

Umweltrecht – System für den **Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten** – Methode der Zuteilung von Zertifikaten – **Kostenlose Zuteilung** von Zertifikaten – Einheitlicher sektorübergreifender Korrekturfaktor – Berechnung – Restgase – Kraft-Wärme-Kopplung – Neu hinzugekommene Aktivitäten ab 2008 und ab 2013 – Begründung – Komitologie – Eigentum – **Individuelle Betroffenheit** – Begrenzung der Wirkungen einer Aufhebung

[12.11.2015, Rs C-453/14, *Knauer \(GA Bot\)*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Soziale Sicherheit** – Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Art 5 – Grundsatz der Gleichstellung – Nationale Regelung, die in die **Bemessungsgrundlage für die Krankenversicherungsbeiträge** die in anderen Mitgliedstaaten der Union oder des EWR bezogenen **Altersrenten** einbezieht – Begriff ‚**Gleichartige Leistungen**‘

[12.11.2015, Rs C-483/14, *KA Finanz \(GA Bot\)*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Unternehmensrecht – Begriff ‚Gesellschaftsrecht‘ – **Grenzüberschreitende Verschmelzung** von Gesellschaften – **Gläubigerschutz** – **Anwendbares Recht** und Kollisionsnormen im Fall einer grenzüberschreitenden Verschmelzung von Gesellschaften – Rechte der Inhaber von mit Sonderrechten verbundenen Wertpapieren, die keine Aktien sind

C. Gericht

[12.11.2015, Rs T-499/12, *HSH Investment Holdings Coinvest-C und HSH Investment Holdings FSO/ Kommission*](#)

Staatliche Beihilfen – Bankensektor – Umstrukturierung der HSH Nordbank – Beschluss, mit dem die Beihilfe unter bestimmten Auflagen für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt wurde – Nichtigkeitsklage – **Keine individuelle Betroffenheit** – Minderheitsaktionär des Beihilfeempfängers – Begriff des unterschiedlichen Interesses – Teilweise Unzulässigkeit – **Kapitalverwässerung**

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

10.11.2015, Beschwerde Nr. [40454/07](#), *Couderc and Hachette Filipacchi Associés / Frankreich*

Verletzung von **Art 10 EMRK** (Recht auf freie Meinungsäußerung); gerichtliche Verurteilung zu **Schadenersatzzahlungen** sowie Verpflichtung zur Veröffentlichung des Inhalts dieses Urteils auf der Coverseite der **Zeitschrift** konventionswidrig; die zur Verurteilung führende Veröffentlichung von Informationen über einen außerehelichen Sohn des **Fürsten** von **Monaco** betrifft zwar dessen Privatleben, stellt jedoch auch eine Information von **öffentlichem Interesse** dar; keine hinreichende Interessenabwägung seitens des Gerichts

12.11.2015, Beschwerde Nr. [2130/10](#), *El Kaada / Deutschland*

Verletzung von **Art 6 Abs 2 EMRK** (Unschuldsvermutung); **Widerruf** der bedingten **Haftentlassung** wurde vom zuständigen Gericht mit der „festen Überzeugung“ begründet, dass der Bf erneut ein strafbares Delikt begangen habe; allerdings noch **kein gerichtliches Urteil** der Feststellung seiner diesbezüglichen Schuld; Verletzung des Prinzips der Unschuldsvermutung

12.11.2015, Beschwerde Nr. [52363/11](#), *Bidart / Frankreich*

Keine Verletzung von **Art 10 EMRK** (Unschuldsvermutung); konventionskonformes **Verbot** für den **bf** ehemaligen Führer der französischen baskischen **Separatistenbewegung** Iparretarrak, nach der bedingten Haftentlassung öffentlich über seine **Vergehen zu sprechen** oder diesbezügliches zu publizieren; zeitlich beschränktes Verbot, das einem Rechtsmittel zugänglich ist, daher keine Überschreitung des staatlichen Ermessensspielraums

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth; Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Mag. Matthäus Schmied, Wiss.-Mit. Sarah Heiml

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.